

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVII/193

Bonn, den 21. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 - 1a | Das nächste Opfer Schröder? ----- Intrigennetz Bonn | 65 |
| 1a | Cortergan-Opfern doch helfen! ----- Die Gesundheitsministerin macht es sich zu leicht Von Konrad Schayer Sozialpolitischer Referent der SPD-Bundestagsfraktion | 50 |
| 2 - 3 | Was steckt dahinter? ----- Die Etatpolitik der Bundesregierung Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages | 86 |
| 4 - 5 | Kulturpolitik ohne Ziel ----- Tendenzen zur Konfessionalisierung unseres Schul- und Bildungswesens Von Ulrich Lohmar, MdB | 63 |
| 6 | Das "Mekka" des Roten Kreuzes ----- Von einem gelegentlichen Mitarbeiter | 50 |

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Das nächste Opfer Schröder ?

Intrigennetz Bonn

Der - Die Diskussion um die Kanzlernachfolge kommt nicht zur Ruhe. Sie zehrt am Mark der CDU/CSU, lähmt ihre Kräfte, führt innerhalb dieser Partei zu Flügelbildungen. Die deutsche Politik muß insgesamt darunter leiden. Die Autorität des Bundeskanzlers, durch den Staatsbesuch de Gaulles etwas wieder aufgewertet, ist im Verebben. Was ist denn schon ein Bundeskanzler wert, von dem man weiß, daß seine Tage gezählt sind? Er kann gewissermassen nur noch Abwicklungsgeschäfte führen. Der Zeitpunkt, an dem der Bundeskanzler abtreten soll, steht allerdings nicht genau fest. Der noch amtierende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, hat als sicheres Datum den Herbst des nächsten Jahres genannt. Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, beeilte sich daraufhin zu versichern, er habe auf der gleichen Pressekonferenz nicht dasselbe wie sein Kollege gesagt, von einer genauen Fixierung des Rücktritts könne keine Rede sein. Das alles spielt sich zwischen den führenden Politikern der größten Regierungspartei ab; welch klägliches Schauspiel von Verwirrung, hintergründiger Machtkämpfe, von Intrigen und Partisanengetümmel - dazwischenstehend der alte Mann aus Rhöndorf, der von seinem Urlaubsort Cadenabbia aus auf seine Weise kräftig mitmischt und die Puppen tanzen läßt.

Einflussreiche Kreise innerhalb der CDU möchten lieber heute als morgen den Aussenminister Schröder zu Fall bringen. Daß dieser Minister versucht, Eigenständigkeit zu bewahren, sein Amt vor unzulässigen Einflüssen von aussen abzuschirmen, und daß er in der für Europa lebenswichtigen Frage des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft recht distanzierte Anschauungen hat, mißfällt dem Bundeskanzler und manchen anderen aus seiner engsten Umgebung.

Unwidersprochen bleibt in Bonn das Gerücht, der Bundeskanzler habe schriftlich bei dem CDU-Bundestagsabgeordneten Freiherrn von und zu Guttenberg anfragen lassen, ob er zur Übernahme des Aussenministeriums bereit sei. So weit geht also schon die Aversion gegen Schröder, daß sie sogar seinen möglichen Sturz zur Folge haben kann. Wie kann vor dem Hintergrund dieses mehr oder weniger offenen und mit vergifteten Pfeilen geführten Ränkespiels die deutsche Aussenpolitik Kontur und straffe Linie gewinnen? Sollte Schröders "pro-britische" Einstellung wirklich ausschlaggebend für seine Entfernung aus dem Auswärtigen Amt sein, dann geriete die deutsche Aussenpolitik in ein Zwielicht, setzte sie sich doch in Widerspruch zu eigenen Regierungserklärungen, die den Wunsch eines Beitritts Großbritanniens zur EWG enthielten. Sollte es nur Wunsch, nicht ein mit allen Mitteln zu erstrebendes Ziel bleiben?

Inruhige Monate stehen uns nach Beendigung der Parlamentsferien bevor. Zwar hat Chruschtschow versprochen, sich bis zum Ausgang der amerikanischen Wahlen in der Berlin-Frage zurückzuhalten, doch tagt die Welt im Ungewissen über das, was nachher kommen kann. Unter den sowjetischen Delegierten bei der diesjährigen Vollversammlung der UNO - sie tagt bis zum 23. Dezember dieses Jahres - befindet sich der beste Deutschlandfachmann der Sowjetunion, der aus seinen Berliner Tagen bekannte Semjonow. Ist dies als ein Indiz zu werten, daß Moskau die Deutschlandfrage vor die Vereinten Nationen bringen wird? Ist Bonn

darauf vorbereitet?

Auf dem Deutschen Städtetag hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, wieder einmal den Mangel an Initiative des Westens und der Bundesregierung beklagt, der es der Sowjetunion ermöglicht, Teile ihrer besonderen Deutschlandvorstellungen schon vor dem Abschluss eines Friedensvortrages zu verwirklichen. Will man auch bei künftigen Schritten der Sowjetunion nur mit Protesten antworten?

Statt sich auf die grossen Aufgaben der deutschen Politik zu konzentrieren, verzetteln die Bundesregierung und die Regierungskoalition ihre Energien in einen Kleinkrieg. Die Frage nach der Nachfolge Adenauers liegt als Bleigewicht auf der deutschen Politik von heute und morgen.

+ + +
Contergan-Opfern doch helfen !

Von Konrad Scheyer

Frau Bundesgesundheitsminister Elisabeth Schwarzhaupt hat sich Anfang dieser Woche in Lübeck gegen die von der SPD beantragte Bundeshilfe für Contergan-Geschädigte ausgesprochen. Das Bundessozialhilfegesetz, so meinte Frau Schwarzhaupt, gewähre ausreichende Hilfe. Durch eine auf "Contergan-Kinder" beschränkte Bundeshilfe würden blinde Kinder benachteiligt.

Diese Erklärung des verantwortlichen Bundesministers darf nicht unwidersprochen hingenommen werden. Es ist unglaublich, daß die Gesundheitsministerin die Contergan-Opfer weiterhin auf das Bundessozialhilfegesetz in der geltenden Fassung verweisen möchte. Damit billigt die Bundesregierung, daß die von der Contergan-Katastrophe betroffenen Familien für nicht abschbare Zeit behördlicher Einkommensüberprüfung ausgesetzt und zur Finanzierung der notwendigen kostspieligen Eingliederungshilfen herangezogen werden.

Diese peinliche Haltung kann auch nicht mit dem Argument entschuldigt werden, blinde Kinder, die genauso der Hilfe bedürfen, würden durch eine auf "Contergan-Kinder" beschränkte Bundeshilfe benachteiligt. Warum zeigt sich die Gesundheitsministerin denn nicht darüber besorgt, daß nach geltendem Recht für den Einsatz eigenen Einkommens bei der Gewährung von Hilfe für blinde Kinder doppelt so hohe Einkommensfreigrenzen gelten als für andere Kinder? Wenn die Bundesregierung es für richtig hält, beide Gruppen gleichzustellen, dann muß sie entsprechende Gesetzesänderungen in Vorschlag bringen. Es geht aber nicht an, die Sorge vor Benachteiligung der einen gegenüber der anderen Gruppe nur vorzuschützen, um den Contergan-Geschädigten eine Bundeshilfe vorzuenthalten, auf die sie einen unabwiesbaren moralischen Anspruch haben. Bundestag und Bundesregierung haben die Pflicht und Schuldigkeit, den von furchtbarstem Leid betroffenen Contergan-Opfern wenigstens die wirtschaftlichen Belastungen abzunehmen. Die Mütter der "Contergan-Kinder" haben nichts anderes getan, als ein frei verkäufliches Arzneimittel einzunehmen. Sie sind ohne Schuld, während das schwere Unglück selbst Lücken in der Gesetzgebung des Bundes sichtbar gemacht hat, und darin liegt seine besondere Verantwortung begründet.

Was steckt dahinter ?

Die Etatpolitik der Bundesregierung

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Mit viel List und vermutlich auch mit viel Tücke wurde der Entwurf des Haushaltsplanes für 1963 von der Bundesregierung auf 56,8 Milliarden DM fixiert. Ist es dem Finanzminister gelungen, den Bundeskanzler zu überzeugen oder hat der Bundeskanzler den Ball lediglich aufgefangen, um nach bewährtem Muster zunächst einmal die wegen der fortgesetzten Steigerung der Endsummen der Haushalte einzelner Jahre aufgelegten Steuerzahler zu beruhigen, in dem Bewußtsein, daß sich später schon vieles einrenken läßt?

Der frühere Finanzminister Etzel hat einmal mit Recht von der "schrecklichen Treppe" der unentwegten Ausgabesteigerungen gesprochen; diese schreckliche Treppe ist auch trotz der Feststellung des Bundeshaushalts für 1963 durch das Kabinett auf 56,8 Milliarden DM vorhanden. Die Treppenstufe von 1962 zum Rechnungsjahr 1963 beträgt nicht weniger als 3,4 Milliarden DM. Konkrete Vorstellungen, über die man sich auseinandersetzen könnte in bezug auf die steuerpolitischen Absichten der Bundesregierung, sind nicht bekannt geworden. Zu den vom Finanzexperten der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Alex Möller, begründeten, von sozialpolitischen Rücksichten getragenen Abänderungsvorschlägen der Sozialdemokraten zum geltenden Steuerrecht, ist mit keinem Wort die Rede. Ebenso wenig verlautet über die Höhe der Endsummen der einzelnen Haushaltspläne, gleichviel, ob es sich um den Etat des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministers des Innern, des Bundesministers für Wirtschaft, des Haushalts des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, des Sozialministers, des Verkehrsministers oder gar des Verteidigungsministers handelt.

Die Eile, mit der nach monatelanger Verzögerung plötzlich eine Endsumme von 56,8 Milliarden DM festgestellt wurde, ist verdächtig. Der Verdacht gründet sich vor allem auf die Befürchtung, daß dem Parlament ein Haushaltsplan präsentiert wird, der dem obersten Grundsatz von Wahrheit und Klarheit nicht entspricht. Der Verdacht gründet sich auf die Möglichkeit, dem Parlament vorzuspiegeln, mit den Regierungsansätzen könne ein ausgeglichener Haushalt geschaffen werden, obwohl sich die Fachleute in den Ministerien darüber klar sind, daß die Ansätze nach ihrer Auffassung in vielen Fällen ungenügend sind.

Hier zeigt sich in einer vor kurzem bekanntgewordenen Mitteilung ein erstes Anzeichen für die Methode, die möglicherweise auf Kosten der Wahrheit und auf Kosten der Klarheit angewandt werden soll. Die vom Bund bis jetzt mit wenigen Abänderungen übernommene Reichshaushaltsordnung gestattet unter gewissen Voraussetzungen über- und außer-

planmäßige Bewilligungen durch den Bundesfinanzminister, der diese Bewilligungen nachträglich dem Haushaltsausschuß zur Kenntnis bringt. In der Zeit des früheren Bundesfinanzministers Fritz Schäffer hat sich in Haushaltsausschuß einmal das Verlangen durchgesetzt, von solchen über- und außerplanmäßigen Bewilligungen von ihrem Zustandekommen in Kenntnis gesetzt zu werden. Ein solches Verlangen der Sozialdemokraten ist angesichts der Verantwortung, die das Grundgesetz zur Sicherung eines ausgeglichenen Haushalts dem Parlament auferlegt, durchaus berechtigt, aber die Reichshaushaltsordnung wurde trotz vielfachen Verlangens der Sozialdemokraten bis zur Stunde noch nicht geändert, und ihr jetziger Inhalt bietet somit einer Regierung, die in bezug auf echte Etatendzahlen wie die Katze um den heißen Brei herumgeht, ausgezeichnete Möglichkeiten, das Parlament zu hintergehen.

Es gibt noch eine andere Möglichkeit für diese Art von Etatpolitik der Bundesregierung. Vielfache Fäden zwischen Regierung und Parlament und vor allem, die in der parlamentarischen Praxis oft bewährte Möglichkeit, den Willen der Regierung durch eine Regierungspartei zum Ausdruck bringen zu lassen, ermöglichen es, unterlassene Ansätze der Regierung durch Anträge im Parlament nachzuholen. Damit würde, wenn nicht zur gleichen Zeit an anderer Stelle Einsparungen durchgesetzt werden, dem Parlament der schwarze Peter in Gestalt der auf Beschluß der Volksvertretung beruhenden Erhöhung der Endsumme des Haushalts zugeschoben.

Mit keinem Wort hat die Regierung verlauten lassen, welche Einzelpläne, d.h. welche Etatanforderungen der einzelnen Ministerien sie kürzen will. Noch immer besteht die Gefahr, einer Kürzung des Straßenbauhaushalts durch Verringerung der zweckgebundenen Abführungen aus den Erträgen der Mineralsteuer für den Bau und die Unterhaltung von Bundesstraßen und Bundesautobahnen, ebenso wie für die Finanzierung von Umgehungsstraßen und Ortsdurchfahrten.

Wenn solche Absichten sich mit der Billigung einer Mehrheit des Deutschen Bundestages wirklich durchsetzen würden, wäre eine derartige Politik unverantwortlich, um nicht ein stärkeres Wort zu gebrauchen. Zwischen der ständig fortschreitenden Motorisierung und dem Zustand der deutschen Straßen klafft ein unheilvoller Widerspruch. Die Bundesstraßen sind überlastet, an Zahl zu wenig, an geeigneter Breite vielfach zu gering. Was durch diesen Zustand an volkswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Werten verlorengeht, kann von niemandem verantwortet werden.

Über diese und andere Fragen wird die verspätete Etatberatung Klarheit schaffen müssen. Es wäre unerträglich, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die Haushaltsberatung für 1963 durchzupeitschen.

+ + +

Kulturpolitik ohne Ziel

Von Ulrich Lohmar, MdB

Die Bundesregierung hat die Sommerpause des Parlaments dazu genutzt, einen interministeriellen Ausschuß unter dem Vorsitz des Bundesinnenministers einzusetzen, der sich der Koordinierung der kulturpolitischen Arbeit - insbesondere in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung - im Rahmen der Tätigkeit der einzelnen Bundesressorts widmen soll. Da ein Bundeskulturministerium nicht existiert und weder der Wunsch noch die Möglichkeit bestehen, ein solches Ministerium zu schaffen, ist dieser Schritt der Bundesregierung zu begrüßen; sie kam damit einer Anregung nach, die von der Sozialdemokratie des öfteren vorgebracht wurde.

Aber man kann die Kulturpolitik der Regierung nur dann koordinieren, wenn man sich über deren Zielsetzung klar ist (dazu gehört auch die auswärtige, vor allem aber die Entwicklung einer europäischen Kulturpolitik).

Diese Voraussetzung ist leider nicht gegeben. Was die CDU als die führende Regierungspartei kulturpolitisch will, ist heute so unklar wie seit Jahren. Der Bundestagspräsident deutete (ebenfalls während der Sommerpause) in einem Interview an, man müsse unter Umständen das Grundgesetz ändern, um dem Bund die Einwirkungsmöglichkeiten zu sichern, die zur Entwicklung einer nationalen Kulturpolitik nun einmal erforderlich seien. Gorstenmaier stellte sich damit in Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Stoltenberg, der erst anlässlich der letzten Haushaltsberatungen im Bundestag davon gesprochen hatte, auch Wissenschaft und Forschung besitzen Aufgaben, die in die Zuständigkeit der Länder fallen. Stoltenberg wiederum befand sich damit nicht in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses des Bundestages, Perikolt Martin, der zu Beginn dieses Jahres ein Petitum seines Ausschusses unterstützte, der Bund möge sich dem Begehren der Länder widersetzen, im Zuge der Verhandlungen über einen Ausgleich des Bundeshaushalts auf das Recht der Mitwirkung in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung zu verzichten.

Die Abgeordneten Heck und Stäcker bezogen - um das Bild in seiner ganzen verwirrenden Einheit zu zeichnen - die kulturpolitische Debatte des Parlaments im März dieses Jahres, um sich mit den Vorstellungen des Ellwanger Kreises der CDU weitgehend zu identifizieren. Die

Konzeption dieses Kreises läuft darauf hinaus, den Staat überhaupt aus der Kulturpolitik herauszudrängen und auf dem Umweg über eine Verlagerung der Schulträgerschaft auf private Institutionen der Konfessionalisierung unseres Schul- und Bildungswesens Vorschub zu leisten. Dieses Bestreben läßt sich nun weder mit den Auffassungen des Bundestagspräsidenten noch mit denen seines Freundes Stoltenberg auf einen Kenner bringen. Der CDU-Abgeordnete Martin ließ es in der Kulturdebatte des Bundestages bei dem Zwischenruf bewenden, man werde über die seltsamen Ansichten des Ellwanger Kreises diskutieren müssen. Den Kulturpolitischen Ausschuß des Bundestages suchte Martin in letzter Zeit seinerseits aus einigen Aktionen, die er dem notleidenden deutschen Film und einer Filmakademie angedeihen ließ, herauszuhalten. Das hat dem Ansehen des Ausschusses sicher nicht geschadet, aber es bleibt die Frage, was denn die CDU kulturpolitisch eigentlich will und an wer man sich in ihr halten kann.

Die einander widersprechenden Äußerungen und Auffassungen der Unionskulturpolitiker sind nur verständlich, wenn man sieht, daß die Kulturpolitik in der CDU (die CSU beschäftigt sich damit überhaupt nicht) bisher weder den ihr gebührenden Rang noch eine klare Zielsetzung gewinnen konnte. Sie ist nicht mehr als ein Hobby, dem sich der eine oder andere Politiker der CDU von Zeit zu Zeit zuwendet, ohne daß erkennbar wäre, welche konkreten Ergebnisse solche Bemühungen haben könnten. Die Gelsenkirchener Tagung der CDU, 1960 als Antwort auf den Wiesbadener Kongreß der SPD geächtet und durchgeführt, blieb folgenlos.

Wie lange will die Regierungspartei ihren Partnern in der Kulturpolitik noch zusetzen, sich aus widerspruchsvollen Parlamentereden, außerparlamentarischen Aktionen und Interviews den Eindruck bestätigen lassen zu müssen, daß es keine Kulturpolitik der CDU gibt? Und welche Kulturpolitik will der interministerielle Ausschuss der Bundesregierung angesichts dieser Sachlage eigentlich koordinieren?

+ * *

Das "Mekka" des Roten Kreuzes

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Genf bereitet sich heute schon auf die Jahrhundertfeier des Internationalen Roten Kreuzes vor, die im September des nächsten Jahres mit der XX. Internationalen Rotkreuz-Konferenz zusammenfallen wird. Tausende offizielle Delegierte von 88 nationalen Rotkreuz-Gesellschaften und 96 Staaten sowie "namenlose" Anhänger des Rotkreuzgedankens werden nach Genf, ihrem Mekka, pilgern. Würde es sich nur darum handeln, sich einer berühmten Vergangenheit zu erinnern, hätte man sich die jahrelangen Vorbereitungen sparen können. In der Inszenierung von Gedächtnisfeiern hat man ja allorts viel Übung ...

Wenn schon heute die ganze Welt auf das in einem Jahr bevorstehende Ereignis aufmerksam gemacht wird, so aus dem ganz einfachen Grund, daß nicht ein zwar verdienter, aber zittriger Veteran gefeiert, sondern dem Lebendigen und zeitnahen Rotkreuzgedanken neue Geltung und Wirkung verliehen werden soll - als einzigen dem Bekenntnis zur Menschlichkeit in einer politisch gespaltenen und durch zahlreiche "Neuankömmlinge" verjüngten Völkerfamilie. Die Erinnerung an die Tat Henry Dunants ist deshalb nicht nur ein genferisches oder schweizerisches, sondern vor allem ein universales Anliegen.

Für den auf den 1. September nächster Jahres angesetzten Festakt (der aus grundsätzlichen Überlegungen ohne große und kleine Bankette durchgeführt wird) haben der Schweizer Frank Martin, der Engländer Benjamin Britten und der Sowjetrusse Dimitri Schostakowitsch eigens für diesen Anlaß geschaffene symphonische Werke zugesagt, die von Orchestre de La Suisse Romande unter der Leitung von Ernest Ansermet dargeboten werden. An einem großen Volksfest werden zahlreiche nationale Rotkreuz-Gesellschaften mit folkloristischen Vorführungen in Erscheinung treten.

Die XX. Internationale Rotkreuzkonferenz, welcher die Vereinten Nationen das Palais des Nations zur Verfügung stellen, wird sich mit den Genfer Konventionen zum Schutze der Kriegsgesunden, dem Schutz der Bevölkerung gegen die Auswirkungen der modernen Kriegführung und mit dem Schutz der Opfer von Bürgerkriegen befassen. Mit der feierlichen Proklamation der "Grundsätze des Roten Kreuzes", die schon letztes Jahr vom Delegiertenrat einstimmig gebilligt worden sind, wird sich die Konferenz an die Regierungen und Völker der ganzen Welt wenden: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität sind die Grundlage dieses grandiosen Werkes, das auch all den Wirren und Zerwürfnissen der letzten hundert Jahre lebendiger und kräftiger dasteht als je. Eine große Ausstellung wird ihre Besucher auffordern, über dieses Wunder nachzudenken und tätig mitzuhelfen, damit trotz allem der Wert des menschlichen Lebens als dauerhafter Masstab erhalten bleibe.

Diese Förderung ist so zeitgenössisch wie der Aufschrei Henry Dunants vor hundert Jahren, er zwang die Armeen, die Verwundeten zu schonen. Der nächste Schritt muss darin bestehen, die Menschheit mit Krieg zu verschonen. Wenn einerseits der humanitäre Gedanke in den vergangenen Jahrzehnten in festgefügtsten Organisationen in allen Ländern der Welt einen greifbaren Ausdruck gefunden hat, so darf man auf der anderen Seite nicht übersehen, dass die Kriegstechnik auch nicht im Jahre 1863 stehen geblieben ist! Vergleicht man diese beiden Tatsachen, drängt sich ein neuer, wichtiger Schritt vorwärts auf.